



## Niederschrift

1. Plenarsitzung des Gemeinderates  
23. Juli 2019, 15:30 Uhr  
öffentlich  
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz  
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

14.

### **Punkt 9 der Tagesordnung: Ausweitung des Kreises der Nutzerinnen und Nutzer von Karlsruher Pass und Kinderpass durch eine Erhöhung auf 30 % über der Einkommensgrenze**

**Antrag: GRÜNE**

**Vorlage: 2019/0642**

#### **Beschluss:**

Zustimmende Kenntnisnahme von der Stellungnahme

#### **Abstimmungsergebnis:**

keine Abstimmung

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 9 zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung.

**Stadträtin Anlauf (GRÜNE):** Für uns GRÜNE ist die Bekämpfung von Armut eine Daueraufgabe. Wir werden uns an Armut nicht gewöhnen. Wir werden uns nicht daran gewöhnen, dass die Armutsquote parallel zur steigenden Wirtschaftskraft immer weiter wächst, merkwürdigerweise. Eigentlich müsste man denken, dass es umgekehrt sein müsste. Beides steigt kontinuierlich. Armut ist also nicht wirtschaftlich bedingt. Sie ist politisch verursacht, und zwar bundespolitisch. Wenn der Karlsruher Pass auf 30 % über der Einkommensgrenze, bisher 10 %, erhöht wird, dann bedeutet das zum Beispiel ungefähr, dass eine alleinstehende Person, die 545 Euro zum Leben hat, Miete ist dabei schon bezahlt, gerade noch in den Genuss des Passes kommt, also rund 550 Euro. Die Armutsgrenze liegt aber bei 917 Euro. Also selbst mit dieser Erhöhung um 30 % bliebe viel zu tun. Die Ausweitung des Karlsruher Passes auf 30 % ist für die GRÜNE-Fraktion ein wichtiger Baustein im Kampf gegen die Kinderarmut. Außerdem gibt es in Karlsruhe zunehmend Menschen wie auch Kinder, die in verdeckter Armut und an der Grenze zur Armut leben.

Darüber hinaus soll laut unserem Antrag geprüft werden, ob ein fließender Übergang beim Karlsruher Pass dafür sorgen könnte, dass niemand plötzlich oder knapp aus der Förderung fällt. Auf diesen Punkt ist die Verwaltung in ihrer Begründung nicht eingegangen. Da hätten wir gerne noch eine Antwort. Ist es möglich, einen solchen fließenden Übergang zu gestalten, ohne zu viel bürokratische Hemmnisse und Ressourcenverschwendung? Gut wäre es allemal, damit nicht eine Person, die 1 Euro über der Grenze liegt, komplett aus der Förderung fällt.

Wichtig ist uns abschließend folgender Punkt: Die Sozialpässe machen nur Sinn, wenn sie genutzt werden beziehungsweise genutzt werden können. Dabei ist uns aufgefallen, dass es nur 157 Freibadsaisonkarten von Kindern gibt - das finden wir wenig -, gegenüber rund 4.500 Karlsruher Kinderpässen, obwohl eigentlich gerade Freibadsaisonkarten für Gesundheit und das Soziale eine hohe Bedeutung haben. Wir fragen uns – dem müsste man auch noch nachgehen -, ob die Kosten nicht zu hoch sind. Vater und Mutter plus Kind müssten 100 Euro für eine Freibadsaisonkarte zahlen. Da wünschen wir uns, dass wir darüber im Sozialausschuss sprechen und im Bäderausschuss.

Wir GRÜNEN unterstützen die Vorhaben der Verwaltung, im Oktober die Weiterentwicklung der Karlsruher Pässe im Sozialausschuss und im Gemeinderat zu behandeln.

**Stadtrat Dr. Müller (CDU):** Dieser Antrag ist dann sinnvoll zu stellen, wenn es um die Haushaltsberatungen geht. Wir haben in verschiedenen Gremien mehrfach über die Frage Armut, Kinderpass, Karlsruher Pass gesprochen und waren uns immer einig, dass wir hier auch weitere Fortschritte machen sollten. Wir haben bereits die 10 % über der normalen Einkommensgrenze, wo das Ganze bisher war, einstimmig hier im Hause vorgenommen bei den Haushaltsberatungen. Wir brauchen jetzt einfach für unsere Entscheidungen für den neuen Haushalt entscheidende Fakten. Wir müssen wissen, was es kostet, wie viele Leute kommen in den Genuss, wie groß ist die Anzahl derer, muss der Karlsruher Pass geändert werden. Es gibt auch die Möglichkeit zu sagen, bis 10 % das, und von 10 % bis 30 % eine andere Art von Pass. Auch das ist möglich. Aber dazu brauchen wir genaue Informationen, Zahlen, Fakten, um dies entscheiden zu können.

**Stadträtin Moser (SPD):** Für uns ist der Antrag auch unverständlich, weil wir bereits - im November waren die Haushaltsberatungen – den Antrag positiv beschieden haben, der von den Linken, von Niko Fostiropoulos gestellt wurde, der jetzt von der Verwaltung so weit auf den Weg gebracht wurde, dass es im Oktober oder November im nächsten Sozialausschuss behandelt wird. Außerdem hat meine Kollegin bereits in der letzten Gemeinderatsfraktion, als es um die Leitlinien gegen Kinderarmut ging, den Schwerpunkt auf eine inhaltliche Ausweitung gefordert.

Den Punkt 2 des GRÜNEN-Antrags können wir nicht mitgehen, da wir das nicht erst vor den Haushaltsberatungen, das heißt, Ende nächsten Jahres, vorgelegt bekommen möchten, sondern es soll jetzt im Herbst auf den Weg gebracht werden. Den fließenden Übergang müssten doch die GRÜNEN formulieren, nicht die Verwaltung. Das ist eine politische Forderung. Ich meine, der Weg müsste umgekehrt sein.

Noch zu dem letzten Punkt, der mir aufgefallen ist. Wir haben schon im Jugendhilfeausschuss im letzten Jahr gefordert, dass zumindest der Karlsruher Kinderpass stärker bekannt

gemacht wird. Da hat die Verwaltung, wie wir in der Vorlage sehen, bereits viele Aktionen ergriffen. Ich glaube, das ist auf einem guten Weg.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Auch wir sehen diesen Antrag sehr kritisch. Es ist nicht so, dass man immer etwas, was gut ist, noch besser machen kann. Das ist ein Beispiel dafür, dass man es irgendwann einmal lassen muss. Wir wollen auch einen fließenden Übergang. Deswegen haben wir mitgestimmt bei den 10 %. Wir sind aber der Meinung, dass diese 10 % ausreichen. Das ist eine gute Lösung. Da gibt es keinen Grund, den Bereich noch weiter zu erhöhen. Wir müssen davon ausgehen, je mehr Prozent wir darauf schlagen, umso mehr Menschen werden davon betroffen sein. Wir wollen aber denen helfen, die wirklich unsere Hilfe brauchen. Das ist das Problem, dass viele von denen, die schon die Kriterien erfüllen, die Pässe gar nicht haben, gar nicht in Anspruch nehmen. Das ist unser Problem. Der fließende Übergang ist da. Wir brauchen keine weitere Erhöhung.

**Stadtrat Jooß (FDP):** Es kann nicht sein, dass Geringverdiener oder Wenigverdiener nach Abzug von Miete und Lebensunterhalt schlechter dastehen als Sozialhilfeempfänger. Deshalb stehen wir voll hinter dem Antrag der GRÜNEN. Wir würden daher eine Leitlinie bei einer zukünftigen Gestaltung des Karlsruher Passes beziehungsweise des Kinderpasses sehr begrüßen. Ferner wären wir dafür, in dieser Regelung die teilnehmenden Nachbargemeinden miteinzubeziehen, um eine halbwegs einheitliche Lösung zu finden. Ferner wäre für uns noch interessant, wie diese Leistungen, wie unser Karlsruher Pass, in Baden-Württemberg gestaltet oder vergütet werden. Ich denke, wir brauchen unser Licht nicht unter den Scheffel zu stellen.

**Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI):** Es ist richtig, wir müssen unser Licht nicht unter den Scheffel stellen, denn es ist schon seit vielen Jahren immer wieder die Diskussion, wie kann man den Karlsruher Pass, wie kann man den Kinderpass schärfen, wo müssen Stellschrauben angesetzt werden, um die Grundintention dieser zwei Pässe immer wieder zu verbessern. Wir sehen, die Antwort der Verwaltung geht den richtigen Weg. Sie greift Dinge auf, die immer wieder angeregt wurden aus dem Kreise des Gemeinderates. Dinge, die auch schon im Haushalt auf den Weg gebracht wurden. Ich würde auch meinen, wir sollten jetzt die Beratung im Sozialausschuss abwarten. Wir können keinesfalls den Weg von ganz außen rechts heute mitgehen.

**Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR):** Es ist – kleine persönliche Bemerkung – schön, Ihnen näher gerückt zu sein.

(Zuruf: Räumlich oder inhaltlich?)

- Nur räumlich.

Dieser Antrag ist ein guter Antrag, weil es richtig ist, sich zu überlegen, wie kann man Menschen besser begegnen in ihrer persönlichen Notsituation. Aber gleichzeitig müssen wir sagen, es ist zur falschen Zeit. Es sind keine Haushaltsberatungen. Es ist ein höchst haushaltsrelevanter Antrag. Deswegen ist dieser zur falschen Zeit gestellt.

Ich komme immer wieder dazu zu sagen, wenn wir irgendwo etwas draufsatteln, sollten wir uns überlegen, an welcher Stelle wir etwas heruntersatteln können. Wir werden zukünftig nicht mehr Geld zur Verfügung haben. Im Gegenteil, wir werden eher sparen müs-

sen. An dieser Stelle dieser Vermerk: Wenn wir hier mehr ausgeben, dann müssen wir an anderer Stelle sparen. Wir können sagen, wenn das so abgestimmt werden würde, müssten wir den Antrag ablehnen.

**Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE):** Der Wohlstand in Karlsruhe nimmt weiter zu. Die Armut bleibt. Letztes Jahr hat die Beierthemer Tafel geschrieben, dass die Armut immer größer wird. Wenn ich gleichzeitig höre von Herrn Dr. Schmidt von der AfD, wir müssen endlich damit aufhören, wir dürfen nicht zu viel machen, gerade von einer Partei, die sich im Wahlkampf immer als zutiefste Vertreter des kleinen Mannes sieht, ist das beschämend und skandalös.

Der Antrag geht in die richtige Richtung. Er ist wichtig. Gleichzeitig ist aber auch klarzustellen, es ist ein Resultat der bundespolitischen Entwicklung. Die bundespolitische Entwicklung hängt auch mit der Agenda 2010 zusammen. Das muss man sagen. Der Karlsruher Pass und der Kinderpass können nur ein Instrument sein, der Entwicklung in Karlsruhe entgegenzusteuern. Deshalb muss es unsere Aufgabe sein, nicht nur einen Pass zu stärken, nicht nur den Leistungsumfang zu stärken und die Anzahl der Leistungsberechtigten, sondern die öffentliche Daseinsvorsorge wieder stark zu machen mit einem ticketfreien ÖPNV, mit kostenlosen Museen usw.

Wir unterstützen den Antrag und freuen uns darauf, wenn er angenommen wird.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Herr Bimmerle, ich glaube, Sie haben vorhin nicht richtig zugehört. Wir haben der Erhöhung um die 10 % bereits zugestimmt. Das heißt, wir sind inhaltlich bei Ihnen. Wir sind inhaltlich beim Vorschlag, dass man eine gewisse Erhöhung braucht, um Leuten, die knapp über dieser Grenze sind, auch zu ermöglichen, an diesen Pässen teilzuhaben. Wir sagen nur, es macht keinen Sinn, das noch weiter auszuweiten. Wir sollten lieber versuchen, dass die Leute, die berechtigt sind, diesen Pass auch nutzen. Darauf sollten wir uns konzentrieren. Das war mein Redebeitrag.

**Der Vorsitzende:** Ich habe die Antragsteller so verstanden, dass sie mit der von uns vorgeschlagenen Vorgehensweise einverstanden sind und anmahnen, dass wir zu dem Thema Übergang noch etwas sagen. Ich möchte noch einmal aus unserer Stellungnahme, auch für die, die jetzt vielleicht den Eindruck haben, wir beschäftigen uns das erste Mal damit, feststellen, dass wir seit 2018 beauftragt sind, genau in diese Richtung ein Konzept zu entwickeln. Die 30 % sind auch bekannt gewesen. Wir haben genau diese 10 % draufgeschlagen, damit hier nicht die Situation entsteht, dass am Ende wegen eines Euros an der Sozialgrenze jemand herausfällt. Aber irgendwo, Frau Stadträtin, gibt es dann eine Grenze. Über dieser Grenze liegt man dann möglicherweise mit einem Euro. Aber wenn es insgesamt 30 % oder 20 % über dieser Schwelle liegt, dann hat man doch einen großen Kreis von Personen erfasst, die sehr nah an dieser Schwelle dran sind.

Bei den Nachbargemeinden würde ich empfehlen, das jetzt nicht in die Auftragslage mit hineinzunehmen. Wenn wir mit der Einführung des Karlsruher Passes gewartet hätten, bis alle Nachbargemeinden mitziehen, hätten wir ihn heute noch nicht. Wir haben ein Angebot formuliert. Wir haben dann den Nachbargemeinden angeboten, wenn sie diese Bedingungen mittragen, machen wir einen Pass vice versa. Also deren Bürgerinnen und Bürger profitieren davon und umgekehrt unsere von den Angeboten dort. Da haben die Nachbargemeinden sehr unterschiedliche Pakete mit uns geschnürt, die auch nicht einheitlich sind.

Manche haben öffentlichen Personennahverkehr dazu genommen, manche haben nur die über 65jährigen berücksichtigt, manche haben nur den Kinderpass eingeführt. Da würde ich davor warnen, das zur Bedingung zu machen. Wir müssen unseren Weg finden. Dann bieten wir das in der Erweiterung den Nachbargemeinden an. Dann können sie im Grunde jede Stufe mitgehen oder nicht mitgehen. Ich glaube, dass am Ende die Nachbargemeinden schneller mitgehen, wenn wir erst einmal vorgelegt haben. Dann kann man sich anschließend regional verständigen.

Dann würden wir so verfahren. Im Oktober werden Sie dann das Weitere fachlich diskutieren.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –  
16. August 2019